

## **U 3: „Stadt wird ihre Hausaufgaben machen“**

### **Nachnutzung für Außenstelle Krainhagen: Alles vorbereiten, damit Anträge gestellt werden können**

**Obernkirchen.** Bis zum Sommer nächsten Jahres will die Stadt bei der anstehenden Betreuung der unter dreijährigen Kinder (U 3) ihre Hausaufgaben machen. Die Ferien sollen genutzt werden, um alles vorzubereiten, damit die Arbeitsgruppen, Fachausschüsse und der Rat in die Beratungen einsteigen könnten und die U3-Betreuung möglichst schnell umgesetzt werden könne, erklärte Bürgermeister Oliver Schäfer gestern.

Der Hintergrund ist die dann leerstehende Grundschul-Außenstelle Krainhagen, in dem, nach den Vorstellungen Schäfers, künftig die U 3-Kinder betreut werden. Nach ersten Erhebungen des Landkreises kämen dafür in der Bergstadt rund 30 Kinder in Frage, sagte Schäfer gestern im Gespräch mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy. Zwei große Schnittmengen zwischen Stadt und Bund haben beide gestern herausgearbeitet: die anstehende Betreuung der U 3-Kinder und die Gewerbesteuer. Zwei Probleme hat die Stadt bei den U 3-Plätzen: Es muss Platz geschaffen werden und geklärt werden, wie das Personal finanziert wird. Die notwendigen Umbaumaßnahmen in Krainhagen könnten wohl von der Stadt nur gewuppt werden, wenn es eine Drittelregelung geben werde, erklärte Schäfer: Stadt, Land und Bund teilen sich die Kosten zu gleichen Teilen. Geht es nach Edathy, wird die SPD dafür eintreten, dass sich der Bund auch an den Personalkosten beteiligt. Mit der Einrichtung allein sei es nicht getan, die Ausgaben für qualifiziertes Personal müssten mit eingerechnet werden: „Wir müssen in der Mitverantwortung bleiben und dürfen die Kommunen nicht allein lassen.“ Ab 2013 werden Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr ihres Kindes erhalten. Die U 3-Betreuung bezeichnete Edathy als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Land, die Mittel für die kommunale Ebene bereit stellen müssten. Geht es nach dem Willen Schäfers, hat die Stadt nächstes Jahr ein Konzept entwickelt und muss, wenn der Startschuss fällt, nur noch die Förderanträge verschicken. Bei der Gewerbesteuer verwies Edathy auf die Bundes-SPD, die durchgesetzt habe, dass die Gewerbesteuer im Zuge der Unternehmenssteuerreform „verstetigt“, also stabilisiert, worden sei. Schließlich sei die Gewerbesteuer für die Kommunen eine der „elementarsten Einnahmequellen“. rnk